



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 18.09.2017

AN/1339/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------|--------------------------|
| Rat | 28.09.2017 |

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ablehnen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 28.09.2017 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Landesregierung, von ihrem Vorhaben der Einführung einer neuerlichen Studiengebühr für Nicht-EU-Ausländer abzusehen. Er schließt sich damit den vielfachen Protesten gegen die neu geplante Gebühr an.

Begründung:

Die neue schwarz-gelbe Landesregierung hat die Wiedereinführung von Studiengebühren, begrenzt auf den Kreis der Studierenden mit Staatsangehörigkeiten von Nicht-EU-Staaten, in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt.¹ Gegen dieses Vorhaben ist zuletzt von vielfacher Seite protestiert worden, unter anderem vom Landes-ASTen-Treffen, verschiedenen Protestbündnissen gegen Studiengebühren, Gewerkschaften oder auch einzelnen Rektoren von Universitäten und Hochschulen des Landes. Anfang September hat sich der Senat der Universität Köln mit einem einstimmigen Beschluss ebenfalls an die Landesregierung gewandt und betont, dass die Gebühr dem Selbstverständnis der Universität Köln widerspreche.²

¹ <http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/studenten-gebuehren-lindner-100.html>

² <http://www.ksta.de/koeln/eu-auslaender-universitaet-koeln-lehnt-neue-studiengebuehren-ab-28363488>

Von vielen Seiten ist darauf hingewiesen worden, dass die Einführung einer solchen Gebühr für Nicht-EU-Ausländer insbesondere diejenigen Studierenden bzw. Studieninteressierten hart treffen würde, die aus Staaten mit besonders geringer Kaufkraft stammen. Für sie wäre damit die Aufnahme eines Studiums in NRW oft unmöglich, der internationale Austausch mit diesen Studierenden bliebe aus. Die geplante neue Gebühr ist entsprechend auch als diskriminierend verurteilt worden, weil nicht mehr Talent und Fleiß gälten, sondern die Zahlungsfähigkeit der Familien, aus denen die Studierenden stammen.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach